

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quitt
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rößlestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Gegen Gewaltherrschaft!

Für Demokratie im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

In Nr. 19 und 20 der Metallarbeiter-Zeitung versucht der Vorstand unter dieser Ueberschrift das Vorgehen der Berliner Bevollmächtigten, eine außerordentliche Generalversammlung zuzwecke zu bringen, als äußerst gefährlich zu brandmarken. In der einseitigen Art der Kritik vergißt derselbe, die Angelegenheit so zu schildern, wie sie den Tatsachen entspricht. Die Dinge haben sich folgendermaßen abgespielt und entwickelt:

Am Donnerstag den 17. April hatte der Vorstand eine Sitzung des engeren Beirats zusammenberufen. Tagesordnung: Die gegenwärtige Situation in unserem Verband. Einleitend gab Kollege Reichel einen Ueberblick über die sich entwickelnden Unzuträglichkeiten in unserer Organisation. Diefelben seien hervorgerufen durch die planlosen Bewegungen der Kommunisten und Unabhängigen sowie deren Unbuddhsamkeit gegen die Angestellten, die politisch der S. P. D. angehören. Hingzu kommt noch, daß in den verschiedensten Verwaltungstellen die Beitragsperre proklamiert wird. Diesem Vorgehen könne und dürfe der Vorstand nicht ruhig zusehen. Er werde überall da, wo Maßregelungen der Angestellten zu verzeichnen seien, die Neuwahl nicht anerkennen, sondern vorübergehend die Verwaltung einsehen.

Kollege Jernide sah die Situation noch schärfer an. Er erklärte, daß von Kommunisten und Unabhängigen in die erst planlos geführten politischen Streiks jetzt System durch Anhänger wirtschaftlicher Forderungen gebracht wird. Beweis dafür sei der Stuttgarter Generalkonferenz. Man will dadurch die Gewerkschaften für die politischen Streiks interessieren, wodurch die Unterstützungsfrage von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den Vordergrund gedrängt wird, die dann Bezahlung der Streiktage von der Organisation verlangen. Im übrigen sehe er in den anderen Maßnahmen (Maßregelung der Angestellten, Beitragsperre) eine Weiterentwicklung der Bestrebungen der Opposition auf dem Kölner Verbandstag, die geeignet seien, den Verband auseinanderzuprennen. Die Ausführungen des Kollegen Jernide gipfelten in den Sätzen: „Wenn ihr nicht in letzter Minute auf eure Mitglieder einwirkt, daß diese Dinge (Absetzung Angestellter) unterbleiben, dann ist es besser, ihr ruft eure Mitglieder und wir die Kollegen zusammen, dann bleibt als letztes der offene Kampf.“ Auch Kollege Jernide glaubt, der Vorstand solle beseitigt werden: „In dem Augenblick, in dem die Führer entfernt werden, ist die Spaltung auch da.“

Angestoßt dieser Tatsache hat der Kollege Kusch als auch ich die Situation durchaus ernst angesehen. Man muß doch annehmen, daß der Vorstand den Beirat nur in ernstlichen Angelegenheiten zusammenruft. Weber vom Beirat befangen noch um Stimmung zu machen haben wir der Berliner Verwaltung und Generalversammlung berichtet, die darauf beschloß, das Flugblatt zu schreiben und alles zu tun, um eine außerordentliche Generalversammlung beim Vorstand durchzuführen. Kusch und ich haben in der Beiratsitzung scharfsten Protest gegen die beabsichtigten Maßnahmen des Vorstandes eingelegt. Diese müssen, wenn sie durchgeführt werden, große Verwirrung und als Folge die Spaltung bringen. Wohl haben wir uns in der vorhergehenden erweiterten Beiratsitzung mit dem Termin der ordentlichen Generalversammlung einverstanden erklärt; das konnten wir auch, da in dieser Sitzung von diesen ersten Dingen kein Wort gesprochen wurde.

Am 17. April haben wir dem Ernst der Situation entsprechend vom Vorstand die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangt. Dies lehnte er ab. Sein gutes Recht. Das gute Recht der Mitglieder ist es aber, alles zu tun, um einer Spaltung entgegenzuwirken. Die vom Vorstand in Aussicht gestellten Maßnahmen gingen über das durch das Statut demselben zugebilligte Recht. Werden diese verwirklicht, so ist es um den Zusammenhalt der Organisation geschehen. Das mußten wir vermeiden und demzufolge haben wir die Mitglieder zur Stimmenabgabe für eine außerordentliche Generalversammlung aufgerufen. Nicht um den Vorstand zu beseitigen, sondern um die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Diefelben kann nur die außerordentliche Generalversammlung in grundsätzlichen Richtlinien, bindend für Vorstand und Mitglieder, zuzwecke bringen. Dieser Standpunkt haben wir auch in der letzten am 15. bis 17. Mai tagenden erweiterten Beiratsitzung vertreten. Unser Antrag wurde abgelehnt, der Vorstand aber ermächtigt, die Bevollmächtigten, sämtlicher Verwaltungstellen zu dieser Frage zusammenzurufen. Kann diese Körperschaft die tiefgehenden Differenzen regeln? Können da grundsätzliche Richtlinien geschaffen werden? Nein, und abermals nein! Diese Konferenz ist beschlußunfähig, somit dazu angetan, neue Wirrnisse unter den Mitgliedern hervorzurufen. Abgesehen von der gänzlichen Unzuständigkeit ist diese Körperschaft mindestens doppelt so groß als die außerordentliche Generalversammlung, darum mit außerordentlichen Maßnahmen verbunden.

Ich werde nicht mit den gleichen Unterstellungen des Vorstandes aufwarten, die derselbe uns gegenüber anzuwenden beliebt. Wer in den Vorstand gewählt wird, entscheidet die ordentliche Generalversammlung. Eine Mahnung an uns zu richten, hatte der Vorstand nicht nötig. Wir haben weder Maßregelungen von Angestellten, Beitragsperre noch sonstige gegen das Statut verstößende Maßnahmen vorgenommen noch empfohlen. Der Vorstand wäre bestimmt gegen uns eingeschritten, hätten wir etwas derartiges unternommen. Das Recht zum Einschreiten hat der Vorstand überall da, wo Verwaltung oder Mitglieder gegen das Statut verstoßen. Wenn sich Mitgliedern neue Angestellte wählen, so ist das kein Verstoß gegen das Statut. Gälte der Vorstand diese unsere Auffassung sich zu eigen gemacht, wäre er unserem Rat gefolgt, niemals wäre uns eingefallen, für eine außerordentliche Generalversammlung zu werben. Damit ist festgestellt, daß der Vorstand durch seine vorgeschlagenen Maßnahmen unser berechtigtes Vorgehen verschuldet hat. Wir sind nicht verpflichtet, dem Vorstand die Arbeit abzunehmen und andere Verwaltungstellen auf das Statut aufmerksam zu machen, zumal wir in Berlin wirklich keine Zeit haben, uns gründlich über die inneren Angelegenheiten anderer Verwaltungstellen informieren zu können.

Eigenartig mutet es an, daß der Vorstand seinen als auch unseren Äußerungen einen irigen Sinn beilegt. Ohne seine Worte abzuwehren, will er dieselben dennoch ins Gegenteil umsetzen. „Demagogie“, „Unfähigkeit“ usw. unsererseits seien daran schuld. Es ist bedauerlich, daß auf den Beiratsitzungen kein stenographisches Protokoll geführt wird. Wenn dies der Fall wäre, würde man den Sinn der Ausführungen nicht ins Gegenteil umdeuten können. Wir haben in der letzten Beiratsitzung einen diesbezüglichen Antrag gestellt; derselbe wurde abgelehnt. Dadurch haben wir gezeigt, daß wir zu unseren Ausführungen stehen und nichts zu verbergen haben. Da nun vom Vorstand die Worte gebraucht sind, stellen wir fest: Entweder kann der Vorstand seine Worte nicht abwägen, oder schreckt vor seiner eigenen Courage zurück. Er hat die Wahl; beides ist gleich schlimm. Ich fasse die Beiratsitzung nicht als Kinderstube auf, sondern als Körperschaft, in der jedes Wort durchaus ernst zu nehmen ist. Zu meinen vom Vorstand zitierten Sätzen habe ich folgende Äußerung dem Sinne nach wiedergegeben: „Wenn in Bremen ein statutenwidriges Vorgehen zu verzeichnen ist, so hat der Vorstand das Recht, dagegen einzuschreiten. Nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern durch persönliche Prüfung der Verhältnisse und Belehrung.“ Die letzte Entscheidung hat die Generalversammlung. Der Kollege Schmidt in Berlin ist nicht gemahnt, sondern darum nicht wieder in die engere Verwaltung gewählt worden, weil derselbe die Ausführung der Erwerbslosenunterstützung bei den Januarunruhen angeblich wegen Nichterlangung des Geldes verweigert hat. Dies hat sich als nicht richtig herausgestellt. Das Geld war da. Dieser Antrag war für die Generalversammlung maßgebend, Schmidt nicht zu wählen. Derselbe wird trotzdem als Angestellter auf Beschluß der Verwaltung bei uns beschäftigt. Anscheinend war der Vorstand auch in Bremen nicht in der Lage, einzuschreiten, somit hat er die dortigen Ereignisse auch zu schwarz gesehen. Wenn weiter der Vorstand schreibt, ich hätte gesagt: „Es wäre fürchtbar, wenn wir den gleichen Leidensweg gehen müßten wie die Russen.“ Aus der russischen Bewegung können wir sehr viel lernen und die Fehler vermeiden, die dort gemacht worden sind, so ist kein Gefährnis, sondern Ueberzeugung meinen Lippen entquollen, wie der Vorstand so schön sagt. Nur bin ich grundsätzlich anderer Meinung darüber als der Vorstand, was getan werden muß, um unserem Volke den Leidensweg zu ersparen. Grundsätzliche sozialistische Politik ist das Rezept, mit dem wir einzig und allein das deutsche Volk aus seiner ungeheuer schwierigen Lage herausbringen können. Hier findet der Vorstand den Unterschied in unserer Meinung, darüber, was gut und richtig ist. Was grundsätzlich auch für unsere Organisation Geltung haben soll, wird die Generalversammlung entscheiden. Hier Rätesystem — dort Arbeitsgemeinschaft wird die Parole sein.

Demokratie? Jawohl, die Demokratie, die bis jetzt in unserer Organisation besteht, wird und muß geändert werden. Ist es mit der Demokratie vereinbar, daß die wichtigsten Stellen im Verband, die Posten der Bezirksleiter, ohne Wahlen vom Vorstand besetzt werden? War es Demokratie, als der Vorstand dazu beitrug, daß die größte Verwaltungstelle ihre Bevollmächtigten erst in ruhigeren Zeiten, das heißt nach Beendigung des Krieges wählen konnte? Jawohl, für wahre Demokratie auch in unserer Organisation wird sich die Generalversammlung aussprechen.

Es muß und wird ein Weg geschaffen werden, auf dem die Einheit der Organisation erhalten bleibt und ein Zusammenarbeiten möglich ist. Vor dem Kriege haben wir diese tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der Organisation nicht gehabt. Jetzt müssen dieselben beseitigt werden durch neue, den Zeitverhältnissen entsprechende Grundsätze und Richtlinien, bindend für jedes Mitglied, auch für den Vorstand.

Gefährlich ist der Hinweis des Vorstandes nicht, wenn er sagt, „daß auch unsere Lage in Würde geklärt sein werden, wenn wir nicht alles gutheißen, was noch radikalere Elemente, als wir selbst sind, fordern.“ Es trifft auch nicht zu, daß wir durch eine gegen die früheren Bevollmächtigten künstlich erzeugte Stimmung ins Amt gekommen sind; denn erstens werden wir nur als Bevollmächtigte fungieren, solange wir das Vertrauen der Berliner Mitgliedschaft besitzen, zweitens haben wir noch nie unsere Einstellung wie ein Gendarm gewechselt und werden auch in Zukunft nur solange Bevollmächtigte der Bezirksstelle Berlin bleiben, als es mit unserer inneren Ueberzeugung vereinbar ist. Drittens: Cohen und Siering sind selbst von ihren Ämtern zurückgetreten. Das dürfte auch dem Vorstand bekannt sein.

Wenn der Vorstand Arbeit und Solidarität des schaffenden Volkes als den einzigen Weg aus dem Chaos bezeichnet, so sagen wir: Dem schaffenden Volke die Rechte gewährt, die es auf Grund der Revolution für sich in Anspruch nehmen muß, dann wird es freudig zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens seine Arbeit verrichten. Im Kampf um diese Rechte sehen wir den Weg, auf dem die Arbeiterschaft sich finden wird und muß. Erst dann ist auf ein gezieltes Zusammenarbeiten auch in unserer Organisation zu rechnen. Wir können die kommende ordentliche Generalversammlung gefaßt abwarten, sie wird den richtigen Weg weisen.

Der Vorstand, dem wir von Vorstehendem Kenntnis geben, bemerkt dazu:

Zu den vorstehenden Ausführungen ist wenig zu bemerken. Dem Kollegen Löffel kann zugegeben werden, daß er sich bemüht, die unheimlich gemordeten Auseinandersetzungen sachlich zu führen. Wäre das gleiche Verfahren auch bei der Verzichtsetzung über die Sitzung des engeren Beirats in der Generalversammlung der Verwaltungstelle Berlin angewandt worden, dann hätte unmöglich das in Nr. 20 dieses Blattes von uns kritisierte Flugblatt herausgegeben werden können. Das scheint man in Berlin jetzt einzusehen, denn das nun zur Verteidigung angeführte ist außerst schwach. Es gleicht noch dem letzten Angriff durch das Flugblatt und der Forderung auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung mehr einem Rückzug.

geseht. In unserer Antwort auf das Flugblatt haben wir uns gegen die geradezu ungeheuerlichen Unterstellungen und Uebertreibungen gewandt und sie entsprechend zurückgewiesen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß der Kollege Löffel den allergrößten Teil dieser Unterstellungen und Uebertreibungen auch nicht mehr mit einem einzigen Worte zu verzeihen mag, sie also offen preisgibt. Wenn diese Besserung anhält und weiter fortschreitet, so ist auch nach unserer Meinung ein gezieltes Zusammenarbeiten durchaus möglich.

Löffel hält vom Berliner Flugblatt nur noch den Satz von der „Spaltung“ aufrecht, aber auch diesen nicht mehr in der ursprünglichen positiven Form. Wie die Äußerungen des Vorstandes wirklich aufzufassen waren und welchen Sinn und Zweck sie verfolgten, haben wir in unserer Entgegnung deutlich gesagt. Auch in diesem Punkte holt der Kollege Löffel merklich zurück. Im Flugblatt war in Fettdruck behauptet worden:

„Das (Ausführungen der Vorstandsvertreter) zeigt so klar den Willen des Vorstandes, unter allen Umständen eine Spaltung herbeizuführen.“

Diese Behauptung mag der Kollege Löffel weder zu wiederholen, noch zu beweisen. Er sucht sich mit der billigen Ausrede zu helfen, daß der Vorstand entweder seine Worte nicht genügend abwägen vermöge oder vor seiner eigenen Courage zurücktrete. Da die uns gemachte Unterstellung der Herbeiführung einer Spaltung des Verbandes falsch ist und jetzt auch von Löffel nicht mehr aufrechterhalten werden kann, ist auch die von ihm gezogene neue Schlussfolgerung irrig. Darüber kann er auf der Bevollmächtigtenkonferenz das Nähere hören. Eine Verrentung aller logischen Begriffe ist es, wenn er aus der Forderung der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen zu künftigen Sitzungen des erweiterten Beirats den Schluß zieht, daß sie (die Berliner) „zu ihren Ausführungen stehen und nichts zu verbergen haben“. Nachdem die Berliner Schritt für Schritt von ihren ungeheuerlichen Behauptungen zurückweichen mußten, bleibt zum „Verbergen“ allerdings nichts mehr übrig.

Löffel behauptet sodann, daß er und Kusch „scharfsten“ Protest gegen die vom Vorstand „beabsichtigten Maßnahmen“ bei Entlassung von Angestellten eingelegt habe. Von einem „scharfsten“ Protest haben wir nichts gemerkt. Der Protest war vielmehr in die Form einer wohlmeinenden Mahnung an den Vorstand gekleidet; nichts weiter. Dadurch haben sich ja gerade einige Mitglieder des engeren Beirats der Hoffnung hingegeben, daß die Ausführungen nicht ohne Einfluß auf die künftige Haltung der beiden Berliner Kollegen bleiben würden. Außerdem haben die beiden Kollegen nicht gegen die gesamten vom Vorstand beabsichtigten Maßnahmen „scharfsten“ Protest erhoben, sondern sich besonders nur gegen die Einsetzung von sogenannten Zwangsverwaltungen gewandt. Daß gegen die Befürworter der Beitragsperre vorgegangen werden soll, fand sogar ihre Billigung. Das gleiche gilt von der vom Vorstand angeregten besseren Aufklärung und Schulung der Mitglieder in wirtschaftlichen Fragen.

Der Kollege Löffel behauptet sodann ferner, daß der Vorstand ihr „berechtigtes Vorgehen verschuldet“ habe, weil er sich nicht ihre Auffassung über die Entlassung (Maßregelung) von Angestellten zu eigen gemacht habe. Eine sonderbare Logik. Weil sich also der eine die kommunistische Auffassung des andern über das Privateigentum nicht zu eigen machen will, ist dieser berechtigt, es ihm nachzumachen.

Im übrigen sind es nach Löffels Ausführungen im ersten Teil der Erwiderung und nach dem Flugblatt die dem Vorstand unterstellten Spaltungsabsichten und nicht die „beabsichtigten Maßnahmen“ des Vorstandes auf verwaltungstechnischem Gebiete gewesen, die zur Herausgabe des Flugblattes führten. Also, wozu man im mer die Beweisführung angreift, erweist sie sich als brüchig und voller Widersprüche.

Damit wollen wir es bewenden lassen. Mit dem Schlußsatz des Kollegen Löffel sind wir ganz einverstanden. Aber Einigkeit der Arbeiterschaft ist die erste und unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufbau unserer zerrütteten Volkswirtschaft. Diese Einigkeit kann nicht erreicht werden, wenn die eine Gruppe die vollständige Herrschaft über die andere anstrebt. Das ist der Kern des Streits und hieron müssen Löffel und seine Freunde erst ablassen, wenn die Interessen der deutschen Arbeiter nicht dauernd geschädigt werden sollen. Der Vorstand.

Nach der Revolution

Als bei Ausbruch der Novemberrevolution der alte starre Staat fiel, der die im Schoße der kapitalistischen Wirtschaft herangewachsenen neuen Kräfte gewaltsam niederhielt, konnte kein verständiger Mensch erwarten, daß die befreiten Kräfte nun gleich alles in eine Zielrichtung drängen würden. Nach dem Naturgesetz hat eine gehemmte Kraft das Bestreben, bei ihrem Freiwerden zuerst über ihr gegebenes Ziel hinauszuschließen, bis sie noch eilichem Wendeln ihre Beherrschung findet, das heißt natürlich, soweit man im Naturgeschehen überhaupt von Beherrschung reden kann. Bei den Völkerrevolutionen berichtet uns die Geschichte regelmäßig von Aktionen und Reaktionen, bis dann nach unterschiedlichem Kraftverlust die Gegensätze mit Ende und Anfang verfließen und das Neue da anknüpft, wo das Alte zerrißen wurde.

Da aber die Menschen ihre Geschichte mit Bewußtsein machen, kommt bei der Wertung der Vorgänge natürlich auch die unterschiedliche Veranlagung der menschlichen Geirne und ihrer Verstandesfähigkeit zur Geltung. Entsprechend dieser verschiedenen Auffassung reden die Menschen „aneinander vorbei“.

Jetzt gibt es erhebliche Volksgruppen bei uns, die von dem Verlauf der Revolution, die wir durchleben, enttäuscht sind und die

bavon reden, daß die neue Regierung „allgemein versagt“ habe. Da ist es gewiß angebracht, zuzusehen, was hinter dieser Auffassung steckt und wie sie entstanden ist.

Recht kennzeichnend für die allgemeine Stimmung in den Novembertagen erschien mir der Bericht eines Genossen, der schilderte, wie in seinem Wohnort nach der Umwälzung „alles trunken vor Freude“ gewesen sei. Aber ein solcher Zustand, wie er gewiß bei vielen anderen Orten zutraf, konnte doch gar nicht von Dauer sein, die nüchterne Wirklichkeit mußte wieder ihr Recht beanspruchen. Aber wann nun immer noch, nachdem die alle Gewalt herrschaft abgetan ist, viel zu mühsam übrig bleibt und sich deswegen bei manchen Leuten Vereiztheit und Enttäuschung bemerkbar macht, dann fragt sich doch, ob da nicht vor allem die Rolle, die die Gewalt im Weltgeschehen spielt, überhaupt falsch eingeschätzt, nämlich überhöht ist. Und da liegt nach unserer Meinung im wesentlichen die Ursache der Mißstimmung. Wer einfach darauf schwört, daß in jedem Fall ein Weg sei, wo sich nur ein Wille regt, der kann allerdings leicht alles erreichen. Aber es hagelt dann Vorwürfe, wenn es doch „anders“ kommt, wenn sich hart im Raume die Sachen stoßen.

Im allgemeinen hat die Gewalt nur eine beschränkte Rolle bei der Veränderung der Dinge, sie tritt dann auf, wo und wann der allmählichen friedlichen Veränderung Hindernisse im Wege stehen. Da tritt sie aber auch ungewollt auf und räumt solche Hindernisse fort. Nachdem dies geschehen, ist die Rolle der Gewalt ausgeglichen und die ruhig arbeitende Entwicklung tritt wieder in ihr umfassenderes Recht. Wenn wir diese bedingte Rolle der Gewalt klar erkennen, können wir für uns viel gewinnen, denn wir lernen, unnötigen Kraftverlust zu vermeiden. Dies ist heute besonders wichtig, weil wir durch die Verpulverung unseres Volkvermögens ein armes Volk geworden sind. Wie ist es bei der Geburt eines Menschen, einer Revolution in aller Form! Hat da schon ein tüchtiger Mensch erwartet, daß aus Nichts ein Kind werde nun, bezeit, in zwei Wochen oder Monaten oder auch Jahren ein erwachsener Mensch sein? Das Kind wächst allmählich im Mutter Schoß und es wächst auch nach der Geburt allmählich weiter. Alles hat seine Zeit. Wer eine Blumenknospe vor der Zeit öffnen will, richtet sie zugrunde.

Die junge neue Welt der Wirklichkeit, die wir als Formmasse vor uns haben, ist uns ja doch auch mit dem in dem Genesen überkommen, die wir auch jetzt beäugeln beachten müssen. Sonst wird das, was wir zurechneten, nachher „wrad“. Gewiß soll und muß die politische und wirtschaftliche Entwicklung dem Grunde nach fortan rascher, weil ungewohnter, erfolgen als früher, aber sie kann nach wie vor doch auch zugleich nur allmählich geschehen. Der ist demnach am radikalsten — wenn's dies Wort einmal tun soll! — der das zeitlich Mögliche mit allen Kräften erstrebt, weil er die Möglichkeit hat, daß es auch wird. Wer darüber hinaus will, verpufft seine Kraft nutzlos, denn Zweck und Wirkung gehen auseinander; wer weniger will, läßt uns ärmer, als wir zu sein brauchen.

Allerdings: die Dinge bleiben immer unvollkommen, weil alles, was wir erkennen, nur bedingte Teile des Vollkommenen, des Weltalls sind. Es wird auch wohl nie eintreten, daß eine politische Revolution verläuft, ohne daß Kraft nebenher verlornt wird. Unser Verstand soll es möglichst vermeiden, gewiß, aber er soll dann auch eben erkennen, wie weit es jeweils möglich ist. Ansonst könnte auch wieder die nicht gewollte Wirkung eintreten, daß, indem wir gar keine Kraft nutzlos verbum wöllen, doch tatsächlich mehr verpufft als bei verständigem Entgegenkommen — etwa an das Rätesystem.

Dem — die heute in Massen den Organisationen zustromen, sind ja — leider! — lange nicht alles erprobte und erprobte Kämpfer von gestern. Der Kämpfer kennt mit dem Gebrauch der Kraft auch ihre Grenzen und er hat darum auch weniger übers Ziel. In der Folge hat er dann auch weniger Anlaß, verärgert zu sein. Jedoch, wir werden Kräfte sind alle und dies will gewiß berücksichtigt sein, wenn die Gesamtrechnung aufgestellt wird.

Schließlich aber werden auch unsere Mißbegünstigten im Ernst kommen wieder in die Zustände vor dem 9. November zurückfallen, sieviel auch noch zu bessern bleibt. Und das zeigt doch, was inzwischen schon geschehen ist.

Reif sein oder reif werden?

Die steigende Revolution hat bereits grundsätzliche Umwälzungen auf politischem Gebiete vorgenommen und für eine freibeiwillige Entwicklung unseres öffentlichen Lebens die Bahn geebnet. Auf wirtschaftlichem Gebiete steht die eigentliche Arbeit erst noch bevor, weil es sich hier um ein viel komplizierteres und darum schwierigeres Arbeitsgebiet handelt. Eine politische Revolution kann sich innerlich weniger Tage oder Wochen abspielen, eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann aber immer nur das Ergebnis einer planmäßigen, fortgesetzten Umwandlungsarbeit sein. Wer diesen Unterschied nicht kennt und berücksichtigt, dem fehlt es an der wichtigsten Vorbedingung einer jeden erfolgreichen Tätigkeit. Er mag noch so wunderschöne Reden halten, gegenwärtige Arbeit im Dienste des Volkes kann er nicht leisten. Und daraus kommt es doch eigentlich an. Dies gilt besonders für das Gebiet der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, denn eine Bergemeinschaftung der Produktionsmittel und eine Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in die sozialistische kann sich nicht von heute auf morgen vollziehen, nicht durch einen Witz mit der Bewegung und einen Sprung ins Dunkle, sondern lediglich auf dem Wege der Entwidlung. Die Sozialisierung ist ein Werden vom Alten zum Neuen, ein allmähliches Hineinwachsen in die neuen Verhältnisse, nicht ein Hineinsetzen und Mit-dem-Topf-durch-die-Band-Kennen.

Bei der Sozialisierung, die von den Arbeitern dringend gewünscht, von den Führern aber nur zögernd in Angriff genommen wird, stellt sich die Frage eine Rolle, ob wir bereits reif sind zur Sozialisierung. Und zwar im doppelten Sinne: ob die Menschen bereits soweit fortgeschritten sind, daß sie die erforderliche geistige und fähige Reife besitzen, um die Betriebe mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen zu können, und zweitens, ob die Betriebe die erforderliche materielle Reife auf einer solchen Höhe stehen, daß sich die Führung in den Dienst der Volksgemeinschaft ohne alle große Hindernisse und Schwierigkeiten vollziehen läßt. Die Antwort auf diese wichtige Frage ist ganz verschieden, die eines behaupten, Menschen und Betriebe seien längst reif zur Sozialisierung, die anderen sind entgegengelegter Meinung und wollen deshalb von einer planmäßigen Zwangssozialisierung der Sozialisierung noch nichts wissen. Aus diesen sich widersprechenden Auffassungen über die Reife oder die Unreife der Betriebe und der Verhältnisse erklärt sich auch die widersprechende Stellung der verschiedenen Personen und Schichten in unseren wirtschaftlichen Leben.

Wenn man die Sozialisierung als einen Entwicklungsprozess, als ein schrittweises Umgestalten, ansieht, so erklärt man leicht, daß die Frage nach dem Reifein völlig belanglos ist. Von Standpunkten der Entwicklungslehre aus kann man der Reifein und Verhältnissen noch von einem höheren oder geringeren Reifein sprechen, nie-

mal aber von einem Reifein an sich. Ein Mensch wird niemals reif, er entwickelt sich fortwährend zu einem höheren Grad geistiger oder sittlicher Reife, falls sich seine Entwicklung regelmäßig vollzieht, aber es erscheint völlig ausgeschlossen, daß er jemals mit dem Bewußtsein berechtigten Stolzes von sich sagen könnte: Nun habe ich das Ziel erreicht, nun bin ich reif! Diese Aeußerung wäre geradezu ein sprechender Beweis für seine Unreife. Wären wir doch einmal ins Leben des einzelnen Menschen zurück. Wenn ein Junge mit vierzehn Jahren die Schule verläßt, so sagt ihm ein vernünftiger Lehrer: „Gewiß, mein Junge, du hast allerlei gelernt bei mir, aber glaube ja nicht, daß du nun die Weisheit mit Köstlein gegessen hast und daß du Flug genug bist. Nein, jetzt fängt das Lernen erst an.“ Wenn der Junge seine Lehrzeit hinter sich hat, so bekommt er von seinem Meister die gleiche Rede und Mahnung mit auf den Weg. Und was er auch treiben mag im Leben, immer muß er die Empfindung haben, daß man niemals auslernet. Auf sittlichem Gebiete liegt die Sache gerade so. Welcher Mensch möchte es wohl wagen, von sich zu behaupten, daß er den Höhepunkt der Sittlichkeit erlangt habe, daß in ihm die sittliche Reife, die der Sozialismus fordert, verkörpert sei? Und wie könnte man da sagen, daß die deutsche Arbeiterklasse für eine Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens geistig und sittlich reif oder unreif sei? In den verschiedenen Personen und Schichten besteht ein ganz verschiedener Reifein je nach der Veranlagung, der Ausbildung, der Schulung und der wirtschaftlichen Bedingungen; die einen sind mehr, die anderen weniger reif, alle aber haben die Pflicht, immer reifer zu werden, sich immer mehr mit dem geistigen und sittlichen Inhalt des Sozialismus zu erfüllen. Wenn erst einmal die übergroße Mehrzahl der Menschen diesen Trieb in sich verspürt, dann wird sich die Sozialisierung verhältnismäßig leicht durchführen lassen.

Auch in bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse kann von einem Reifein nicht gesprochen werden. Es gibt Betriebszweige, die technisch und organisatorisch sehr hoch entwickelt sind, so daß der äußere Mechanismus, falls er mit sozialistischem Geiste erfüllt wird, mit geringer Mühe sozialisiert werden kann, es gibt auch solche, die infolge von Zerplitterung und mangelhafter Organisation, sowie infolge anderer Umstände, noch so unreif sind, daß sich eine Sozialisierung nicht lohnen würde. Da muß dann natürlich der Weg eingeschlagen werden, daß die höher entwickelten Betriebe zunächst sozialisiert werden und dann erst die anderen. Wenn dies geschieht, so können die Erfahrungen und Fingerzeige, die sich bei der Sozialisierung ergeben, bei der weiteren Sozialisierung Verwendung finden und es können auch die vorgekommenen Mängel und Fehler späterhin vermieden werden. Das Reifein der Menschen und Verhältnisse ist ja ein fortwährendes Probieren und Studieren, Beobachten und Vergleichen, Annehmen und Verwerfen der Dinge in uns und außer uns. Jeden Tag lernen wir etwas Neues und machen neue Versuche. Das, was sich bewährt hat, was geeignet erscheint, dem Fortschritt zu dienen, was als eine Stufe betrachtet werden kann zu einer Aufwärtsentwicklung, all das Gute und Bewährte wird beibehalten und weiter ausgebaut, aber was sich als ungeeignet herausgestellt hat, wird beiseite geworfen.

Von diesem einzig richtigen, durch Wissenschaft und Erfahrung beglaubigten Gesichtspunkte aus muß man die Verwirklichung des Sozialismus betrachten. Die Entwicklung macht keine Sprünge, überall beobachten wir Uebergänge von dem einen Zustande zu einem neuen, die Menschen werden reifer und auch die Verhältnisse entwickeln sich auf ein bestimmtes höheres Ziel. Deshalb sind wir schon heute imstande, und nicht nur imstande, sondern auch verpflichtet, mit der Sozialisierung ernstlich zu beginnen. Und zwar darf sich diese Sozialisierung nicht beschränken auf unser Wirtschaftsleben, nein, auch unsere Köpfe und Herzen, unser Wille und unser Gemüt müssen sozialisiert, das heißt mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt werden, damit wir dem erhabenen Ziele immer näher kommen. Erreichen werden wir es niemals, es muß uns genügen, wenn wir ihm nachstreben.

Die Zukunft unseres Verbandes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Nach und nach zeitigt die Revolution Erscheinungen, die, falls sie nicht frühzeitig erkannt werden, zu schwerem Schaden für die Arbeiterklasse führen können. Die Gewerkschaftsbewegung wird heute von vielen Arbeitern, wenn nicht direkt als überflüssig, so doch als eine Bewegung zweiten oder dritten Grades betrachtet. Ferner sind Bestrebungen im Gange, die Gewerkschaften als politische Organisationen zu betrachten und politischen Parteien dienstbar zu machen. Des weiteren sollen sie durch jenen revolutionären Organisationen ersetzt werden. Nun ist eines klar: Die Revolution hat Gottesgnadenmanner ins Exil gejagt, hat Kronen in den Staub getreten; sie ist dabei, das Wirtschaftssystem von Grund aus umzugestalten und sie wird auch nicht an der Struktur der Gewerkschaftsbewegung spurlos vorübergehen. Die Gewerkschaften bedürfen einer gründlichen Reform. Jedoch sollten die sozialistischen Arbeiter ihre wirtschaftlichen Organisationen, in denen ein ausgeprägter Dienstleistungscharakter herrscht, nicht zerbrechen, sondern sie in ihrem wirtschaftlichen Emanzipationskampf gebrauchen lernen. Die Notwendigkeit einer geschlossenen Organisation für das rheinisch-westfälische Industriegebiet möchte ich an einigen Beispielen erläutern.

Die Arbeitsgebiete unseres Verbandes haben sich nicht verringert, sondern umgekehrt erweitert. Die Erhöhung der Löhne ist, nachdem die Revolution allmählich in eine Riesenlohnbewegung auszufließen, in einigen Orten ziemlich kurzweilig vor sich gegangen. Daneben gibt es aber immer noch Orte, Berufe und Gruppen der Metallarbeiter, deren Löhne dringend der Aufmerksamkeit bedürfen. Auch ist es noch bei weitem notwendig, Löhne und Abmachungen abzuschießen zu dem Zweck, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sind doch gerade in letzter Zeit die Arbeiter immer wieder wegen Abschluß eines Tarifes an die Organisation herangezogen. Viele Tarif sind mit großen Erfolgen abgeschlossen worden. Also auch in Zukunft werden Lohnkämpfe auszufochten werden müssen, teilweise von solchen Dimensionen, von denen sich unsere Kollegen heute vielleicht gar keinen Begriff machen. Selbst einer sozialisierten Industrie gegenüber bedürfen die Arbeiter der Gewerkschaften, um ihre Interessen als Produzenten durchzusetzen.

Es werden heute allerdings Löhne bezahlt, die sich wahrscheinlich nicht aufrechterhalten lassen. Die Löhne unter 10 Millionen-Voll nur ersehnt und unsere jenseitige Politik nur durch wieder ins Gleichgewicht bringen, wenn wir mit gesteigerter Produktion weiterarbeiten werden. Die deutsche Industrie muß wieder in das alte wirtschaftliche Gebiet der Weltwirtschaft einbezogen werden. Dies ist notwendig, wenn unsere Produktionskräfte ungehört hoch sind. Die zentrale und namentlich die amerikanische Industrie hat wenig durch den Krieg gelitten. Nur bei Verringerung der Produktionskosten ist es möglich, mit ihnen den Konkurrenzkampf anzuhängen. Soll dies auf das Konto gewaltiger Lohnreduktionen geschehen? Der durch die Revolution politisch frei gewordene Arbeiter verlangt vom Ertrag seiner Arbeitskraft einen möglichst großen Teil. Hohe Arbeitslöhne, in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten, sind eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie weigern die Arbeiter die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse, lehrten die Konsumtion und tragen somit zur gesteigerten Produktion bei. Eine Verringerung der Produktionskosten muß angestrebt werden durch eine umfassende Reorganisation des gesamten Produktionsprozesses. Dazu ist notwendig: die wissenschaftliche Erleuchtung und Durchdringung der Industrie zum Zwecke einer nach Systemen geordneten Produktion unter Beschaltung unendlicher Betriebe und Einrichtungen; zur Ver-

meidung unnützer Transporte; zur Verhinderung von Materialverschwendung und, unter Schonung des Arbeiters, die Arbeitskraft zur höchsten Ertragsfähigkeit zu steigern. Je gründlicher und umfassender der Reorganisationsprozeß vorgenommen wird, desto mehr wird es möglich sein, die Produktionskosten herabzusetzen. Der Neuaufbau der Eisen- und Stahlindustrie in dieser Weise geschieht nur, wenn eine geschulte Arbeiterschaft als treibender Hebel dahintersteht. Zur Erhaltung hoher Arbeitslöhne und zur Verminderung der Produktionskosten durch Umgestaltung der Industrie ist eine geschlossene Organisation der Metallarbeiter dringend notwendig.

Im Gulfe der Revolution ist die politische Freiheit der Arbeiterklasse gesichert worden. Aber noch harret der Arbeiter der wirtschaftlichen Befreiung. Die Lösung vom ökonomischen Druck des Kapitalismus soll durchgeführt werden durch die Sozialisierung der Industrie. Der Gedanke der Sozialisierung ist so tief in die Arbeitermassen eingedrungen, daß es Selbstmord wäre, sich dem entgegenzustellen. Jedoch ist diese Frage ein weltgeschichtlicher Prozeß, so umfangreich und schwierig, daß sie in den Vorstufen der Nationalökonomie nur mit äußerster Vorsicht an sich heranwagen. Die Gewerkschaften sind die geeignete Grundlage, um die Sozialisierung in Angriff zu nehmen. Die konzentrierte Großindustrie Rheinlands und Westfalens wird für eine Vergeßlichkeit in erster Linie in Betracht kommen. Damit erwächst unserer Organisation die Aufgabe, sich auf diese Dinge vorzubereiten. Nicht kritisierend, hemmend, bremsend wollen wir beiseite stehen, sondern als Geburtshelfer einer neuen Gesellschaftsordnung eingreifen, die Bewegung in die Hand nehmen, um sie in geordnete Bahnen zu lenken. Was würde unsere nächste Aufgabe sein? Zuerst: Aufklärung. Unsere Mitglieder sollen sich in dieses Problem vertiefen. Wissen ist Macht! Wie galt dieses alte Wort mehr als heute. Für unsere Organisation ist eine volkswirtschaftliche Zentrale für das Industriegebiet einzurichten, der die Aufgabe zufällt, Material zu sammeln. Die Metallindustrie Rheinlands und Westfalens ist ein zusammenhängender, durch tausend Fäden verschlungener Wirtschaftskomplex, ausgehend von der Urproduktion bis zum Fertigerfabrikat. Dieses hochentwickelte Industriegebiet müßte unsererseits gründlich studiert und bearbeitet werden. Leute vom Fach müßten über den Stand der Industrie, über die Möglichkeiten der Produktivität, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Material sammeln. Dieses Material müßte möglichst publizistisch verarbeitet werden. Die Presse, namentlich die sozialistische, könnte somit mit aufklärenden Notizen über die Metallindustrie versorgt werden. Die Metallarbeiter-Zeitung enthält auf ihrem knappen Raum gute Artikel. Doch müßte sie, wenn es trotz der Papierknappheit möglich wäre, bedeutend mehr ausgebaut werden, um den 300 000 Mitgliedern unseres Bezirks ein Führer in volkswirtschaftlichen Fragen zu sein. Außerordentlich notwendig wäre es, die Metallarb.-Ztg. von hier aus mit regelmäßigen Artikeln zu versehen. Dann würde sie in dem Prozeß der Sozialisierung ein Faktor sein, der von außerordentlicher Bedeutung wäre.

Die Sozialisierung der Industrie geht über den Weg der konstitutionell-demokratischen Fabrik. Die Gehe über die Betriebsräte werden in kurzer Zeit herauskommen. Damit eröffnet sich ein Tätigkeitsfeld von riesigen Dimensionen. Den Betriebsräten wird es obliegen, in den Betrieben den König Demos zur Herrschaft zu bringen. Die Betriebsräte sollen, nach dem Beschluß des zweiten Mittelkongresses, die Organe der Gewerkschaften sein. Ihnen muß das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt werden. Sollen die Betriebsräte erfolgreich arbeiten können, müssen sie Kenntnis nehmen von dem jeweiligen Stand des Unternehmens. Sie müssen Gelegenheit haben, kontormäßige Feststellungen nachprüfen zu können. In unserem Industriegebiet handelt es sich um Millionenunternehmungen. Wer von den Arbeitern ist aber heute in der Lage, die Bilanz eines solchen Unternehmens lesen zu können? Hier ist es Aufgabe des Verbandes, einen Stab von Kollegen heranzubilden, die den nötigen Takt und die Fähigkeiten besitzen, diese Funktionen erfolgreich ausüben zu können. Das ist meines Erachtens eine dringende Notwendigkeit. Das Werk der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse kann nur gelingen, wenn die Arbeiterschaft über befähigte Köpfe aus ihren eigenen Reihen verfügt. Aus all diesen Gründen sollte jeder Kollege, ganz gleich welcher Parteizugehörigkeit, dafür eintreten, daß die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Organisation erhalten bleibt, damit sie diesen Aufgaben gerecht werden kann.

Die Betriebsräte müssen, soll ihr Wirken von Erfolg gekrönt sein, über die Lage der Volkswirtschaft im allgemeinen und die ihres Industriegebietes im besonderen ganz genau orientiert sein. Der vorzüglich aufgebaute Organisationsapparat unseres Verbandes gestattet einen reichen Ueberblick über die Lohn- und Arbeitsbedingungen des einzelnen Berufsgebietes. Das Bureau der Bezirksleitung des 7. Bezirks ist ebenfalls musterträchtig eingerichtet. Von hier aus können die Betriebsräte, sollten sie gesetzliche Rechte bekommen, rasch und gründlich informiert werden. Es wäre eine dringende Notwendigkeit, das Bureau der Bezirksleitung so auszubauen, daß es auch als eine gut funktionierende volkswirtschaftliche Zentrale gelten könnte. Es wird jedoch allerdings nicht möglich sein, von den dort beschäftigten Kollegen eine theoretische Tätigkeit nebenberuflich zu erwarten, wie ich sie oben ausgedrückt habe. Vor dem Kriege bestand hier ein sozialdemokratisches Bezirksbureau, in welchem acht Personen beschäftigt waren. Dieses Bureau hatte eine ähnliche Funktion. Wenn schon in Friedenszeiten eine solche Einrichtung notwendig war, um wieviel mehr erst heute. Da von der Partei, infolge der Spaltung, nichts zu erwarten ist, sollten wir von Verbands wegen und im Interesse unserer Mitglieder dazu übergehen, etwas Großzügiges einzurichten, wenn es die allernächste Zukunft erforderlich machen sollte. Großes wird in Zukunft durch die Organisation zu erledigen sein. Wenn ich hier in großen Umrissen zu zeigen versucht habe, welche Aufgaben unserem Verband neben seiner regulären Tätigkeit bevorstehen, so wollte ich damit beweisen, wie notwendig eine geschlossene Organisation ist und daß die wirtschaftliche Befreiung nur gelingen kann, wenn die Einheit der Gewerkschaftsbewegung erhalten bleibt. Das sollten vor allem jene Kollegen bedenken, die jetzt dabei sind, Sprengminen unter das Fundament der Organisation zu legen. Nicht Rätesystem oder Gewerkschaften lautet die Frage, sondern Rätesystem und Gewerkschaften. Das System der Betriebsräte ist nur möglich durch die Gewerkschaften. Erhalten und schützen die Geschlossenheit eurer gewerkschaftlichen Organisation und schafft euch in ihr eine Basis, mit deren Hilfe ihre wirtschaftliche Befreiung durchführen könnt. Dann erst ist es möglich, auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen.

P. U. (Düsseldorf).

Dem Wunsch des Kollegen P. U. nach Aufsätzen in der Metallarbeiter-Zeitung über die Sozialisierung stimmen wir gerne zu. Jeder Verbandskollege, der auf diesem Gebiete etwas Brauchbares zu sagen weiß, ist uns als Mitarbeiter willkommen. Ueber die Notwendigkeit der Sozialisierung dürften in unseren Reihen keine Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Nur meinen wir, daß es notwendig sei, sich mit den Einzelheiten der Vergeßlichkeit zu beschäftigen. Die Zeit der allgemeinen Redewendungen darüber ist vorbei.

Voraussetzungen zur Sozialisierung

In unserem Verbandsorgan sowohl als auch in der Tagespresse liegt nun fast in jeder Nummer etwas von Sozialisierung. Es werden die verschiedenen Möglichkeiten und Schwierigkeiten erörtert, die der Uebernahme der Produktionsmittel durch die Gesellschaft im Wege stehen, und die Arbeiter werden vor übertrieben und gefährlichen Experimenten gewarnt.

Die großartige Entwicklung der Gewerkschaften seit dem 9. November zwingt aber die Zeitungen, alle die Theorien über die Sozialisierung, die sich aus der Kritik als die wichtigsten herausheben lassen, in praktische Formeln zu bringen und mit der Durchführung

zu beginnen. Zunächst wir uns aber nicht darüber, daß hierzu noch allerlei wichtige Vorarbeiten zu schaffen sind, von deren rascher und guter Erledigung wesentlich der Enderfolg abhängt. Eine rasche Erledigung deshalb, damit die ungenügenden Kräfte der Organisationen einen Gegenpol finden, der sie zwingt, ruhig zu denken nach dem Grundgedanken: Erst wagen, dann wagen.

Der notwendige Entwicklungsprozeß, den unsere Wirtschaft durchmachen muß, um Bedarfswirtschaft zu werden, erfordert tätiges Mitwirken aller Kräfte, die an dieser Umwandlung interessiert sind. Dazu gehören in erster Linie die Vertrauensleute der Gewerkschaften und die Mitglieder der Arbeiterausschüsse, die so geschnitten werden müssen, daß ihre Wirkung nicht hindernd, sondern fördernd ist. Dabei ist zu beachten, daß die Ausschüsse ja schon in Betriebsräte umgewandelt sein müssen, was wir als erste Stufe der Entwicklungsleiter bezeichnen möchten. Zweifellos haben alle in diesen Ausschüssen tätigen Kollegen durch ihre Praxis im Verbanden mit den Unternehmern sich schon manche Vorurteile erworben, die sie in stand sehen, auch die durch das in Aussicht stehende Gesetz über die Betriebsräte erhaltenen Rechte zweckmäßig zu gebrauchen.

Ganz besonders kommen den Kollegen die Erfahrungen zugute, die sie bei den Verhandlungen über Tarifverträge und Kollektivabkommen in letzter Zeit machen konnten. Noch mehr aber werden sie geschult bei der Durchführung dieser Verträge in den Betrieben, wobei sie erst die Sicherheit im Auftreten gegenüber den Betriebsleitern erlangen, die ihnen schließlich allein den Einfluß sichern, der ihnen auf Grund der neuen Rechts- oder Machtverhältnisse gebührt.

Die richtige Beschäftigung für solche verantwortungsvolle Posten als Betriebsräte erlangen naturgemäß nicht alle Vertrauensleute, sondern nur solche, die ernstlich bemüht sind, die Unternehmung für die Vergesellschaftung vorzubereiten. Diese Kollegen müssen sich im höchsten Maße bemühen, daß sie nicht nur mitzubestimmen haben über Lohnhöhe und Arbeitszeit, sondern auch bei der Gestaltung der gesamten Produktions- und Absatzverhältnisse. Dann erst sind sie aus dem Stadium der Arbeiterausschüsse in das Stadium der Betriebsräte eingetreten, mit bedeutend erweiterten Rechten den Unternehmern gegenüber, aber auch mit bedeutend vermehrten Pflichten der Gesamtheit gegenüber. Zunächst wird man von ihnen allerdings verlangen, daß sie den Arbeitern einen höheren Anteil am Arbeitsertrag verschaffen. Ob dieser sich in Form von Gewinnanteilen oder in Gestalt von höheren Löhnen und Gehältern äußert, ist vorerst nebensächlich.

Haben die Betriebsräte, die sich, wie aus Vorstehendem hervorgeht, organisch aus den Arbeiterausschüssen entwickeln werden, einmal Einfluß und Einfluß auf die Betriebsleitung bekommen, dann vollzieht sich der letzte Schritt, die Übernahme der Produktionsmittel, als logische Konsequenz aus dem ersten Schritt, ohne ernstliche Gefahr für den Produktionsprozeß. Und das ist, was wir wollen, die wir klar erkannt haben, daß der Sozialismus sich mit Naturnotwendigkeit aus dem Kapitalismus entwickeln muß, daß er nicht durch gewalttätige Operationen herbeigeführt werden kann.

Die Pflichten aber, die den Betriebsräten der Gesamtheit gegenüber erwachsen, gebieten uns, die wichtigsten Kollegen der Betriebe an die Plätze zu stellen, an die sie gehören. Mehr als je wird es sich als nötig erweisen, die Vertrauensleute gründlich mit allen den Fragen vertraut zu machen, die sie zu lösen haben werden.

Witter rächt es sich nun, was die meisten Kollegen in der Vorkriegszeit verübt haben. Vieles wurde ihnen dort schon geboten und sie nahmen es nicht. Die schon häufig kritisierte Bequemlichkeit muß verschwinden und einer freudigen Eingabe für unsere Sache Platz machen. Wenn Karl Marx schon im kommunistischen Manifest sagte, daß das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk ihrer selbst sein könne, dann muß dieses berühmte Wort auch im weitesten Sinne erfüllt und danach gehandelt werden. In dem Sinne nämlich, daß man die kolossale Arbeit, die sich vor uns aufbäumt, nicht einzelnen überlassen darf, die sich daran aufreiben müssen, sondern daß jeder nach Maßgabe seiner Kräfte und Fähigkeiten tatkräftig mitarbeitet an dem großen Befreiungswerk. Jeder Tätige muß sich durch fleißiges Studium aller einschlägigen Fragen in stand setzen, etwas Nützliches zu leisten. Wie dies am besten geschehen kann, soll in einem zweiten Aufsatz angebeutet werden.

L. Seyler (Schwenningen).

Die nächsten Wege zum Weiterarbeiten der Ausschußmitglieder und Vertrauensleute

Der Arbeiterrat einer Berliner Firma legte der Betriebsleitung eine Dienstvorschrift für die Meister vor. Diese lautet:

1. Die Meister und Vorstände der Verwaltungsbüros werden ersucht, alle Fragen, welche ihre Befähigung oder ihre Abteilungen betreffen und über den Arbeiterrat gehen müssen, vorher mit dem Ausschußmitglied oder dem Vertrauensmann ihrer Abteilung durchzusprechen.
2. Programme, welche über den Arbeiterrat gehen, sind von dem Ausschußmitglied oder dem Vertrauensmann gegenzuzeichnen.
3. Neue Anschläge und Bekanntmachungen sind vor dem Anschlag dem Ausschußmitglied oder dem Vertrauensmann bekanntzugeben.

Der Herr Betriebsleiter wollte an die Unterfertigung dieser Dienstvorschrift nicht recht heran und er sah, wie er sich äußerte, daran schon den kommenden Volkseinsturz. Es wurde ihm erklärt, daß nur auf diese Art ein Zusammenarbeiten möglich sei. Wohl um den Konflikt mit der Arbeiterschaft zu vermeiden, unterschrieb er die Vorschrift, die dann an die Meister und Vorsteher der einzelnen Abteilungen ging. Nachdem nun dadurch die Meister verpflichtet sind, mit den Funktionären der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten, ist es vielleicht angebracht, auch an die weiteren Wege zu denken. Ich würde folgende Punkte empfehlen:

1. Ausschußmitglieder, Vertrauensleute und Meister bilden eine Körperschaft.

Diese Körperschaft kommt alle vier Wochen zusammen, bei Notwendigkeit auch in der Zwischenzeit und während der Arbeitszeit. In diesen Zusammenkünften werden Vorträge von Technikern, Kaufleuten, Nationalökonomern, Politikern, Gewerkschaften usw. gehalten. Thema: Sozialisierung, Betriebswirtschaft, moderner Fabrikbetrieb usw. Vor allen Dingen werden alle Fragen des eigenen Betriebes durchgesprochen und beraten. Weiter soll die Körperschaft Besuche von Fabrikbetrieben, Werken und Ausstellungen unter sachgemäßer Führung vornehmen. Der Leiter in den Sitzungen ist der Obmann des Arbeiterausschusses oder dessen Stellvertreter. Zur Unterfertigung des Obmanns wird eine Kommission gebildet, welche die Veranstaltung der Vorträge und sonstiger Veranstaltungen in die Wege leitet. — Die Meister gehören ja zu den Angestelltenausschüssen und müssen Beschwerden über dieselben mit dem Angestelltenausschuss verhandelt werden. — Ob die Ausschußmitglieder der Angestellten zu den Veranstaltungen der Meister, Ausschußmitglieder und Vertrauensleute hinzugezogen werden sollen, darüber müssen sich die einzelnen Betriebe klar werden, je nachdem wie groß die Körperschaft ist.

2. Wie soll der Meister, das Ausschußmitglied, der Vertrauensmann sein?

Der Meister, das besagt schon das Wort, soll in Wirklichkeit der Meister der Abteilung sein, das heißt: der tüchtigste Fachmann, Praktiker und Theoretiker in seinem Beruf. Der Meister soll nach meiner Meinung für den schwachen Arbeiter da sein. Wenn jemand in der Abteilung nicht mit seiner Arbeit weiterkommt, dann holt er sich bei dem Meister Rat und Hilfe. Der Meister muß es auch verstehen, mit Menschen umzugehen. Die früheren Schulkollegen, Aufpasser und Antreiber lehnen wir ab. Nun sollen sich aber auch die tüchtigsten Kollegen: nicht weigern, Meisterposten anzunehmen. Will die Arbeiterschaft alles in eigene Hand nehmen, dann muß sie auch die Posten besetzen. Der Arbeiterausschuss muß einen oder mehrere Vertreter in die Konferenzen der Meister, die von der Betriebsleitung oder der Direktion

einberufen werden, abordnen, es wird dann ein Ausspielen zwischen Arbeiterschaft und Meisterschaft verhindert.

Das Ausschußmitglied hat sich um alles, was in seiner Abteilung vorgeht, zu kümmern, besonders Gefahren abzuwenden, zu veranlassen, daß Mängel beseitigt werden, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bei der Fabrikleitung vorzubringen und umgekehrt. Aber auch gegen die Arbeiter vorzugehen, die sich eine unrechtmäßige Handlungsweise zuschulden kommen lassen.

Der Vertrauensmann hat sich vor allen Dingen um die gewerkschaftliche Organisation zu kümmern. Da die Arbeiterschaft leider politisch in drei oder noch mehr Parteien gespalten ist, muß er, wie übrigens auch das Ausschußmitglied, vollständig objektiv sein und verwalten. Seine größte Aufgabe muß es sein, die Beschlüsse der kombinierten Sitzungen oder Betriebsversammlungen in seiner Abteilung einheitlich zur Durchführung zu bringen. Ein gutes Ausschußmitglied, ein guter Vertrauensmann werden ihrer Abteilung immer den Stempel aufdrücken.

3. Die aus Meistern, Vertrauensleuten und Ausschußmitgliedern gebildete Körperschaft wäre der erweiterte Betriebsrat.
4. Der Ausschuss oder die Subkommission dieses Betriebsrates soll, um den modernen Fabrikbetrieb richtig kennen zu lernen, abwechselnd in allen Abteilungen arbeiten, beim Verkauf, Einkauf, Kalkulation, Konstruktionsbüros usw.
5. Bei besonderen Vorwürfen sind die Betriebsleitung und Direktion zu laden. Die Arbeiterschaft muß natürlich in Betriebsleitung und Direktion Sitz und Stimme haben.
6. Die Vertrauensleute und Ausschußmitglieder geben in ihren Abteilungssitzungen über alle Verträge und Vorkommnisse Bericht.
7. Wie schaffen wir's nun noch, daß der Arbeiter Lust und Liebe zur Arbeit und Verantwortlichkeitsgefühl bekommt?

Ich glaube durch Befestigung aller Mängel. Durch alle für die Arbeiterschaft möglichen Verbesserungen und durch Auffklärung. Und da muß der erweiterte Betriebsrat eingreifen. Nur durch Bildung können wir zur Macht kommen, eingebend des Wortes von Wilhelm Liebknecht: Wissen ist Macht, Macht ist Wissen.

E. Gelinsky (Neudorf).

Sitzung des erweiterten Beirats (Schluß)

Indem wir unsere Schlussbemerkung in Nr. 22 dahin richtigstellen, daß wir in dieser Nummer nicht über die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung, sondern über 2 und 3 berichten werden, gehen wir dazu über. Zu dem 2. Punkte: Bericht über die Verhandlungen mit dem Metallindustriellenverband wegen Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft bemerkte Reichel einleitend: In den Verhandlungen, zu denen in letzter Sitzung des erweiterten Beirats der Vorstand beauftragt worden sei, hätten die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer nicht teilgenommen, sondern nur deren „gewerkschaftliche“, die Arbeitgeberverbände. Es wäre aber zweckmäßig, wenn auch deren wirtschaftliche Organisationen an den ferneren Verhandlungen beteiligt würden. Auf der andern Seite haben unser Verband, der Kupferschmiedeverband, die Tisch-Zwischen und christlichen Verbände sich beteiligt. In Zukunft sollen auch die Verbände der technischen und kaufmännischen Verbände zugezogen werden. Redner macht nähere Angaben über die Aufgaben der U.-G. Die Unternehmer hätten erklärt, daß sie Rücksprache mit ihren wirtschaftlichen Verbänden genommen und daß diese zugestimmt hätten, sobald die U.-G. im Rohbau errichtet wäre. Redner gibt Einzelheiten dieses Rohbaus bekannt. Die provisorisch vorgesehenen Fachgruppen sollten rein wirtschaftliche Fragen besprechen, sie würden sich aber auch zentral mit Regelung der Arbeitsbedingungen beschäftigen müssen. In wirtschaftlicher Hinsicht sollten die Fachgruppen zu Selbstverwaltungskörpern für die Beschaffung von Rohstoffen ausgebaut werden, sie sollen das Reichswirtschaftsamt beraten. Für die Zukunft sei das von großer Bedeutung. Bis jetzt sei alles erst ein Anfang, im Laufe des Sommers werde man die Hauptgruppen bilden können.

In der Aussprache wünschte Haas die schriftliche Stellung des Ergebnisses der Verhandlungen. Auch solle der Bevollmächtigtenkonferenz ausführlicher Bericht gegeben werden. — Vorhölzer beweist an Beispielen, daß der Aufbau der Gruppen zum Teil anders als geplant gesehen müsse. — Bernicke gibt Aufschluß über die Sitzung der Fachgruppen Metall- und Metallhalbzeugfabrikate und Edelmetallindustrie. Der Maschinenbau umfaßt 29 Spezialgruppen, die sich wieder Fachgruppen wölften. Es sollen Betriebsarbeitsgemeinschaften aufgestellt werden, ferner Orts- und Bezirksausschüsse, für den gesamten Maschinenbau wieder nach Fachgruppen. Etwa 120 aus diesen Gruppen Gemächte bildeten die Obmänner des Wahlkörpers des Vorstandes. Gedacht sei bei jeder Arbeitsgemeinschaft, daß die Wahlen von unten aus erfolgen, der Betrieb solle die Grundlage dafür bilden. Die Fachgruppen sollten zu Wirtschaftsparlamenten zusammentreten. Ihre Anträge beim Reichsparlament würden sich dann in dem Maße durchsetzen wie Macht dahinter stehe. Einzelne Betriebe werden verschiedenen Fachgruppen angehören. Die sozialen Angelegenheiten seien besser bezirksweise zu regeln. Reichstaxie seien nicht der Weisheit letzter Schluss. Bei der Regelung habe man mehr Beweglichkeit. Das wirklich Zweckmäßige würde sich im Laufe der Zeit herausstellen. In absehbarer Zeit sei mit einem fertigen Plan zu rechnen. Es müsse jetzt schnell gehandelt werden. Wir müßten an die Hauptstelle eine ständige und ausreichende Vertretung haben. Bis jetzt seien Stellen in Fachauschüssen mit Berliner Kollegen besetzt, das gehe auf die Dauer nicht, weil die Verhältnisse in Berlin nicht die gleichen seien wie in der Provinz. — Schlieke: Die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer seien nicht überall die gleichen. Das zeige ein Vergleich der heimisch-wirtschaftlichen mit der wirtsch. bergbauigen Industrie. Zwischen Unternehmern gäben Kämpfe statt, die an Schärfe den Kämpfen mit den Arbeitern nicht nachstehen. Doch gebe es eine Menge Berührungspunkte bei Dingen, die von einer Stelle aus behandelt werden könnten. Aufgabe der Arbeiter in der U.-G. würde es sein, diese Zusammenfassung zu fördern, da sie daran sehr lebhaft interessiert seien. Die vielen Fachgruppen seien kein Hindernis, es können aus einem Betrieb Leute in verschiedenen Fachgruppen üben. — Grzesinski: Die Arbeiter müßten Einfluß auf die Produktion gewinnen. Wir nennen das, wodurch wir ihn erreichen wollten, Arbeitsgemeinschaft, andere Räteformen. Wir dürften den Geheimräten im Reichswirtschaftsamt nicht die Führung überlassen. Die Mitarbeit in der U.-G. sei die Vorbedingung für eine vernunftgemäße Sozialisierung. — Schumann hat Bedenken gegen die U.-G. Wenn einzelne Betriebe zu mehreren Fachgruppen gehörten, gäbe es Reibungen. Die Differenzen zwischen Unternehmern der einzelnen Wirtschaftszweige sollten sie unter sich ausmachen. Was Grzesinski über U.-G. und Räte sage, sei nicht richtig. Das Räteystem sei eine Vertretung der Arbeiter, die U.-G. eine paritätische Zusammenfassung, die von Arbeitern als eine Schädigung ihrer Interessen angesehen werde. Die Zukunft werde lehren, wer recht habe. — Loff: Er stehe nicht auf dem Standpunkt, wie Grzesinski annehme, daß die Arbeiter alles allein machen könnten. Die intellektuellen Arbeiter müßten zum Kampf gegen das Kapital auch herangezogen werden, um die Sozialisierung vorwärts zu treiben. Unter Sozialisierung verstehe er den Ausgleich der Interessen der Produzenten und Konsumenten. Er wolle nicht, daß ein Säulem Unternehmer mit großer Macht den Arbeitern gegenüberstehe. — Loff: Es sei notwendig, mit den Mitgliedern über Zweck und Bedeutung der U.-G. zu reden, denn es bestehe Gefahr, daß sie sich sonst ein falsches Urteil bilden. Das Tüchtigste sei sofort mitzuarbeiten. — Schneider: Er wundere sich nicht über Schumanns Äußerungen. Er vermute, daß von U. S. P. zentrale Weisungen erteilt seien, was aus einem Vortrage über Kollektivverträge zu schließen sei. — Schumann: Er sei mißverstanden worden. Er habe gesagt, die U.-G. seien da und deshalb müßten wir versuchen, das Beste herauszuholen. — Loff: Diese Stellung im Wirtschaftsleben sei so wichtig wie die zur Regierung. Die Arbeiter seien in der Lage, das Wirtschaftsleben in die Hand zu nehmen. Statt

dessen begäben wir uns auf den Weg des Patientens und Verhandelns. Bei den Kollektivverträgen habe man gesehen, wie die Unternehmer wieder die Macht in die Hand bekämen. Die U.-G. seien Gebilde, die niemals fertig würden. — Vorhölzer: Rätische Ausführungen seien auch nicht klar. In diesem Kreise solle man nicht mit Schlagworten operieren. Maxa Zellin habe auch erklärt, die Sozialisierung sei eine Frage der Entwicklung. Er wisse nicht, wie die Arbeiter jetzt das Wirtschaftsleben in die Hand nehmen könnten. Was die Intellektuellen betreffe, so bräuchten wir sie. Aber der Geist eines großen Teils von ihnen müsse auch erst sozialisiert werden. Die Vertreter der Angestellten im Stahlhof hätten erklärt: Wir stehen auf dem Boden der Privatwirtschaft. Man solle sich auch nicht von jedem sozialen Quacksalber das Hirn umnebeln lassen. — Schieffer: Lieber das Ziel seien wir einig. Die Differenz könne auf bestimmte Zeit Einfluß ausüben, auf die Dauer nicht, weil Gewalt wieder Gewalt erzeuge. Redner verbreite sich über die Intellektuellen, die Streiks der Jetztzeit, über Sozialisierung. Die Politik gehe durch den Staat, das habe mit Vernunftgründen nichts zu tun. Durch die U.-G. sollen die wirtschaftlichen Kräfte gehoben werden. Eine Räteherrschaft sei auch im Hinblick auf das Ausland nicht zu empfehlen. — Reichel: Auch er finde sich mit der U.-G. ab, obwohl er das Räteystem für das Richtige halte. Er verleihe die Zusammenfassung der U.-G. nicht. Die Kollegen wünschten eine stärkere Vertretung. — Loff: Der Kapitalist werde von seinen jetzigen Rechten nichts abgeben, solange er nicht gegungen werde. Den Kapitalisten sehe er nicht in den Betriebsdirektoren usw., diese seien auch nur Angestellte, die mit uns zusammenarbeiten würden. Die Parität sei in der U.-G. auch nicht gebahrt, wenn Christliche und Tisch-Zwischen dazwischen lägen. Die Unternehmer würden bestimmen, wir folgen müssen. — Spiegel mündet sich über Loff. Er könne Beispiele anführen, daß in der Nordwestgruppe die Christlichen und Tisch-Zwischen stets mit uns einig waren. — Reichel im Schlußwort: Er habe über den Inhalt des Vertrags und nicht über dessen grundsätzliche Bedeutung gesprochen. Darüber hätten wir uns längst unterhalten. Die Einwände von Loff wegen der Demokratie seien unzutreffend. Bis zur Revolution habe ausgeübte Willkürherrschaft geherrscht, nun sei der Anfang zur Beseitigung gemacht. Was sei nicht mit einem Schläge möglich. Nun solle auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Demokratie, ein Zusammenwirken eintreten. Solange das Privatkapital bestehe, müßten wir mit den Unternehmern gemeinsam arbeiten, je mehr wir in die komplizierten Fragen des Wirtschaftslebens eindringen, um so mehr würden wir erkennen, daß unsere Mitarbeit nötig ist.

Die Beratungen über den dritten Punkt: Die Anträge des Vorstandes zum Verbandsstatut waren so ausgedehnt, daß sie sich noch auf den Vormittag des 17. Juni erstreckten. Es würde hier zu weit führen, wenn wir sie auch nur kurz wiedergeben versuchen wollten. Da die Anträge, wie sie aus den Beratungen des Beirats hervorgingen, ohnehin demnach mit den übrigen für die Generalversammlung einlaufenden Anträgen in Nr. 26 der M.-Ztg. veröffentlicht werden, so sehen wir jetzt auch von ihrer Wiedergabe ab.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 8. Juni der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Juni 1919 fällig ist.

An die Bevollmächtigten der Verwaltungstellen u. an die Mitglieder des erweiterten Beirats.

Mit Rücksicht auf die dergeltigen Vorgänge im Verband (Maßregelung von Verbandsangestellten in verschiedenen Verwaltungstellen wegen ihrer politischen Gesinnung) hat es der erweiterte Beirat des Vorstandes und der Vorstand für bringen notwendig gehalten, die ersten Bevollmächtigten der Verwaltungstellen und die Mitglieder des erweiterten Beirats zu einer Aussprache zusammenzubekommen. Wir berufen deshalb die ersten Bevollmächtigten der Verwaltungstellen und die Mitglieder des erweiterten Beirats zu einer Tagung am 16., 17. und 18. Juni nach Stuttgart in den Stadtparksaal, Kanzenstraße 50. Den Bevollmächtigten und den Mitgliedern des erweiterten Beirats ist briefliche Einladung zugegangen. Sollte ein Bevollmächtigter oder ein Beiratsmitglied nicht in den Besitz dieser Einladung gekommen sein, ersuchen wir um Nachricht.

Bezirksleiter

Infolge Eintritts des Kollegen M. Haas in das sächsische Arbeitsministerium wird nach § 31 Abs. 1 des Verbandsstatuts für den vierten Bezirk die Stelle eines Bezirksleiters zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben. Zugelassen zur Bewerbung sind nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit fünfjähriger Mitgliedschaft. Die Bewerbungsschrift muß Angaben enthalten über das Alter, die Dauer der Mitgliedschaft und die seitherige Tätigkeit des Bewerbers im Verband und in der Arbeiterbewegung. Der Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Als Prüfungskommission fungiert die Bezirkskommission. Bewerbungen sind in geschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift „Bezirksleiterbewerbung“ an die Bezirkskommission im vierten Bezirk, Dresden-A., Poststr. 2, bis spätestens 14. Juni d. J. einzureichen.

Die ausgeschriebene Stelle eines Bezirksleiters im vierten Bezirk ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß für neuereintretende Mitglieder Mitgliedsarten, keine Mitgliedsbücher auszustellen sind. Alle Übertrittsgesuche sind an den Vorstand einzufenden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhebung
	I	II	III	
Groß-Schönow	100*	—	—	22. Beitragswoche
Groß-Schönow	10	10	5	1. Juli

* Bis auf weiteres. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zutug ist fernzuhalten:

von Wandagisten u. Orthopädiemechanikern nach Stuttgart (St.); von Metallarbeitern nach Memmingen (H. Schulz) M.; von Zinnlegern nach Regensburg (H. Wiedemann) W. Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

